06 / 2013 www.SBL2013.de 09.08.13
infoservice

Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

Sabines Klartext

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkämpfer !

Liebe Genossinnen und Genossen,
die heiße Phase rollt 44 Tage vor der Wahl nun an. Wir haben diese Woche mit den "Tagen in der Verbandsgemeinde" begonnen und interessante Begegnungen, Gespräche und Hausbesuche erlebt. Die Stimmung ist durchweg positiv! Lasst uns die Ärmel hochkrempeln und für die SPD werben- wir brauchen uns mit unserem Programm nicht zu verstecken: es ist sozialdemokratisch, es ist klare Kante zur Union und es ist gegenfinanziert!
Für Gespräche am Infostand empfehle ich euch die "Argumentationskarten" - dort sind die wichtigsten Punkte inklusive Beispiele zusammengefasst. Wenn ihr Interesse habt, schaut unter www.spd.de oder meldet euch bei uns im Wahlkreisbüro. Lasst uns offensiv werben für unsere Ideen und unser Programm!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD

Topthema

Doping – Wir wollen es genau wissen!

Das Thema Doping ist in den letzten Tagen sehr in den Vordergrund gerückt. Eine wissenschaftliche Studie enthüllt, dass jahrzehntelang systematisch gedopt wurde. Im Sportausschuss musste ich immer wieder erleben, dass schwarz/gelb dieses Thema nicht anpacken wollte.
Als SPD-Bundestagsfraktion beantragen wir nun eine öffentliche Sondersitzung des Sportausschusses in Anwesenheit von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich.
Der Bundesinnenminister muss endlich die Ergebnisse dieser offenbar brisanten Doping-Studie freigeben. Es kann nicht sein, dass aus Steuergeldern eine Studie in Auftrag gegeben wird, deren Ergebnisse dem Parlament und der Öffentlichkeit vorenthalten werden und wir häppchenweise aus den Medien erfahren, zu welchen Erkenntnissen die Wissenschaftler der Humboldt-Universität Berlin gekommen sind.
Offenbar kommt Schwarz-Gelb eine ernsthafte Debatte über die Doping-Vergangenheit und ein konsequentes Vorgehen gegen die kriminellen Doping-Netzwerke wenige Wochen vor der Bundestagswahl sehr ungelegen – anders ist diese Blockade-Haltung nicht zu erklären.
Unsere Bundestagsfraktion hat bereits im Juni eine weitere Sitzung des Sportausschusses zu dem Abschlussbericht der Studie beantragt. Diese wurde aber mit den Stimmen von Schwarz-Gelb abgelehnt. Wir hoffen, dass die Abgeordneten der Koalition unter dem öffentlichen Druck nun einem weiteren Antrag auf Sondersitzung zustimmen und unsere Forderung unterstützen, so dass Bundesinnenminister Friedrich persönlich im Ausschuss Rede und Antwort steht. Historische Forschungen sollten immer auch das Ziel verfolgen aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Deswegen fordert unsere Bundestagsfraktion endlich ein konsequentes Vorgehen gegen Doping und ein entsprechendes Anti-Doping-Gesetz. Dagegen muss Schwarz-Gelb endlich seinen Widerstand aufgeben, sonst geht das Vertrauen in einen fairen Sport endgültig verloren.

Inneres

Überwachung – Wer weiß denn nun was, Frau Merkel?

Es ist jämmerlich, wie die Bundesregierung mit Verweis auf den 11. September 2001 versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen. Was an Zusammenarbeit zur Aufklärung eines grauenhaften Verbrechens notwendig war, hat nichts zu tun mit der lückenlosen und flächendeckenden Abschöpfung von Daten unserer Bürgerinnen und Bürger. Am 11. September 2001 bebte die Welt. Nach dem Terrorangriff auf Amerika war allen schlagartig klar, dass der internationale Terrorismus zu jeder Zeit und an jedem Ort zuschlagen kann.
Es war damals die wichtigste Pflicht der Bundesregierung aus SPD und Grünen, einerseits die Sicherheit der Bürger in Deutschland zu gewährleisten und andererseits Freiheit und Bürgerrechte zu wahren. Dass dies gelungen ist, ist ein bleibender Verdienst der Regierung Schröder.
Die rot-grüne Bundesregierung hat damals öffentlich angekündigt, die Zusammenarbeit der Dienste zu intensivieren. Darüber gab es einen breiten Konsens im Deutschen Bundestag. Alles andere wäre nach dem schwersten Terroranschlag der jüngeren Geschichte unverantwortlich und fahrlässig gewesen. Dabei wurde selbstverständlich Recht und Gesetz eingehalten.
Anders als die Bundesregierung versucht zu suggerieren, wurde damit in keiner Weise der flächendeckenden Überwachung deutscher Staatsbürger Tür und Tor geöffnet. Worum es doch seit Wochen geht, ist etwas anderes: Seit den Enthüllungen von Herrn Snowden vor neun Wochen, steht der Vorwurf im Raum, dass US-Behörden deutsche Staatsbürger massenhaft ausspionieren.
Mit dem Programm Prism soll seit Oktober 2005 gezielt deutscher Datenverkehr überwacht worden sein. Das wäre ein massiver Angriff auf die Bürgerrechte in Deutschland. Die Bundesregierung muss diese Vorwürfe endlich aufklären.
Frau Merkel ist nach eigenem Bekunden nicht bereit, sich in Details einzuarbeiten. Ihr ist der Schutz der Bürgerrechte

anscheinend nicht wichtig genug. Und die zuständigen Minister Pofalla und Friedrich, haben bisher kein bisschen zur Aufklärung beigetragen. Um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, schicken sie nun den Regierungssprecher in den Wahlkampf.

Arbeit & Soziales

Erzbischof Zollitsch – Seine und unsere Ziele sind gleich!

Aus vergangenen Jahrzehnten kennt man noch Wahlaufrufe der katholischen Kirche für konservative Parteien. Vor diesem Hintergrund wirkt Zollitschs Kritik an der sozialen Realität in Deutschland – und somit an der Regierungsbilanz Merkels – umso heftiger. Auch wenn der Erzbischof nur indirekt formuliert, so wird doch klar, wo er die Versäumnisse der Regierung Merkel sieht:

Ein flächendeckender Mindestlohn und die Wiederherstellung von Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sind in Verbindung mit moderaten Steuererhöhungen für Spitzenverdiener die naheliegenden Schlussfolgerungen, die sich aus seinen Wahlempfehlungen ziehen lassen. Doch die Bilanz der Regierung Merkel ist gerade in diesen Bereichen verheerend:

Durch ihre Politik der Unterlassung verschärfte Schwarz-Gelb in den vergangenen Jahren die soziale Ungleichheit. Ein Blick in die Wahlprogramme von Union und FDP macht außerdem deutlich, dass mit dieser Regierung auch in Zukunft die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander gehen würde. Zollitsch macht diese Frage aber zu einem für die Wahlentscheidung wichtigen Entscheidungsmaßstab in seinem Interview. Bei Kenntnis der Wahlprogramme lesen sich seine Bemerkungen daher wie ein Aufruf zur Abwahl Merkels.

NEUES KINDERGELD UND PARTNERSCHAFTSTARIF *STATT* FAMILIENSPLITTING

5 GRÜNDE *FÜR* DIE SPD

- Das Neue Kindergeld ist sozial gerecht: Familien mit geringem Einkommen bekommen monatlich pro Kind bis zu 140 Euro mehr. Der höhere Steuervorteil für Spitzenverdiener entfällt.
- Das Neue Kindergeld schützt zusammen mit dem gesetzlichen Mindestlohn vollzeitberufstätige Eltern vor Bedürftigkeit.
- Das Neue Kindergeld schützt vor verdeckter Armut: Denn es nimmt den bisherigen Kinderzuschlag mit auf. Den haben bisher viele nicht beantragt, weil das zu kompliziert ist. Es geht um 300.000 Kinder.
- Das Neue Kindergeld ist finanzierbar. Zusammen mit dem Betreuungsausbau ist es die „sozialdemokratische Grundsicherung".
- Die Besteuerung von Ehepaaren hält viele Frauen von eigener Berufstätigkeit ab – weil es sich oft nicht lohnt. Der Partnerschafttarif baut diese Hürden ab. Das wollen vor allem junge Paare. Bestehende Ehen können, wenn sie es wollen, alles beim Alten belassen.

5 GRÜNDE *GEGEN* DIE UNION

- Das Familiensplitting ist ungerecht: Wer ohnehin schon sehr viel verdient, spart zusätzlich noch viel Steuern. Familien mit weniger Geld haben nur wenig oder gar nichts davon.
- Die meisten Alleinerziehenden gehen leer aus: Weil sie nur selten so viel verdienen, dass der Steuervorteil des Familiensplittings wirken könnte.
- Das Familiensplitting ist teuer: Nach Berechnungen von Familienministerin Schröder könnte der Steuerausfall bis zu zehn Milliarden Euro betragen.
- Das Familiensplitting bedroht auch den Ausbau von Ganztagskitas und Ganztagsschulen. Denn dafür dürfte dann das Geld fehlen.
- Das Familiensplitting blockiert eine moderne Gesellschaft. Denn wie das Ehegattensplitting belohnt es einseitig den Verzicht vieler Frauen auf eigene Berufstätigkeit. Der Wunsch vieler jungen Paare, gemeinsam Beruf und Familie zu leben, spielt keine Rolle.

Termine

10.08.13	10.00 Uhr	Wandern mit Sabine, Hamm
	14.00 Uhr	Wanderung Daaden/Weitefeld
	19.00 Uhr	Bergfest Heddesdorf
11.08.13	10.00 Uhr	Tag der offenen Tür, Stegskopf
	12.00 Uhr	Siegauenfest Kirchen
	15.00 Uhr	Wandern mit Sabine, Bad Hönningen
	18.30 Uhr	Fluthilfe, Kinderhort Neuwied
12.08.13	12.00 Uhr	Vor Tour der Hoffnung, Ernst
	18.00 Uhr	IGM Podiumsdiskussion, Betzdorf
14.08.13	ganztags	Tag in der Stadt Neuwied
15.08.13	08.30 Uhr	Tag in der VG Dierdorf
16.08.13	08.00 Uhr	Tag in der VG Betzdorf
	18.00 Uhr	Einweihung Köppelarena Offhausen
	20.00 Uhr	Straßentheater Altenkirchen

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**